



Die 60. Hauptversammlung des Marburger Bundes, Landesverband Baden-Württemberg, hat am 23.06.2023 in Karlsruhe beschlossen:

Investitionskosten der Krankenhäuser vollumfänglich finanzieren

Der Marburger Bund Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, die Investitionskosten der Krankenhäuser - wie gesetzlich vorgeschrieben - vollumfänglich zu finanzieren.

Baden-Württemberg beteiligt sich mit anderen Bundesländern verglichen zwar deutlich stärker an der Investitionskostenfinanzierung der Krankenhäuser. Trotzdem gibt es eine große Finanzierungslücke zwischen den tatsächlichen Investitionskosten der Krankenhäuser und dem, was das Land finanziert. Nach Angaben der baden-württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG) betragen die tatsächlichen Investitionskosten der Krankenhäuser für das Jahr 2023 zwischen 800 und 850 Millionen Euro. Das Land jedoch finanziert für das Jahr 2023 Investitionskosten nur in Höhe von 455 Millionen Euro. Qua Gesetz sind die Länder eigentlich verpflichtet, die Investitionskosten der Krankenhäuser in vollem Umfang zu übernehmen.